Presseinformation

1. M rz 2006

Immer mehr Verhaltensauffälligkeiten bei Schulkindern

Kranzl legte Leitfaden vor

Landesrätin Christa Kranzl legte heute im Landhaus in St. Pölten bei einer Pressekonferenz mit dem Vizepräsidenten des NÖ Landesschulrates, Werner Bauer-Wolf, und dem Leiter der Abteilung Jugendwohlfahrt beim Amt der NÖ Landesregierung, Mag. Reinfried Gänger, einen Leitfaden für PädagogInnen von niederösterreichischen Pflichtschulen vor.

Bei Pflichtschulkindern seien immer mehr Verhaltensauffälligkeiten festzustellen, sagte Kranzl. Deshalb würden sich immer mehr Pädagoginnen und Pädagogen überfordert fühlen. Im Schuljahr 2004/2005 habe es 3.188 anlassbezogene Kontakte mit den Schulen gegeben. Davon waren zu 68 Prozent Schulprobleme der Ausgangspunkt für Maßnahmen, die die öffentliche Jugendwohlfahrt habe setzen müssen. Daher solle jetzt erstmals ein Leitfaden den PädagogInnen einen Überblick geben, bei welchen Situationen man eingreifen soll oder muss.

Viele Situationen könne man in der Schule erledigen, meinte Kranzl weiter. Zuerst solle immer der Kontakt mit den Eltern aufgenommen werden. Wenn diese mit der Schule zusammenarbeiteten, könne die Schule unter Einbindung von Experten ein Hilfskonzept erarbeiten. Wenn dieses Konzept wirksam gewesen sei, könne man die Maßnahmen wieder einstellen. Würden die Eltern aber kein Entgegenkommen zeigen oder funktioniere die Zusammenarbeit nicht, sei die mündliche und auch die schriftliche Information der Schule an die öffentliche Jugendwohlfahrt notwendig. So bei Hinweisen oder bei einem begründeten Verdacht auf sexuellen Missbrauch und bei Anzeichen oder bei einem begründeten Verdacht auf seelische und körperliche Misshandlungen. Aber auch, wenn bei einem Schulkind regelmäßig grobe Versorgungsmängel oder andere Vernachlässigungen elterlicher Pflichten festzustellen sind, soll die Jugendwohlfahrt informiert werden. Auch wenn sich bei auffälligen, unerwünschten oder besorgniserregenden Verhaltensweisen eine(r) SchülerIn die in der Schule ergriffenen Maßnahmen für die Bewältigung der Probleme nicht ausreichen, soll die Jugendwohlfahrt verständigt werden.

Für die Meldung über eine mögliche Gefährdung einer Schülerin oder eines Schülers wurde jetzt auch ein Formular ausgearbeitet, erläuterte Kranzl weiter.

E-Mail: presse@noel.gv.at

Presseinformation

Auch wichtige Adressen und Ansprechpartner seien aufgelistet. Jetzt wolle man den Leitfaden allen 1.031 niederösterreichischen Pflichtschulen sowie den Bundesschulen und Interessierten zur Verfügung stellen.

Amt der Niederösterreichischen Landesregierung
Landesamtsdirektion/Öffentlichkeitsarbeit
www.noe.gv.at/presse
E-Mail: presse@noel.gv.at
E-Mail: presse@noel.gv.at